

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 20.—, für das übrige Ausland M. 26.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die zehnjahresalte Konpartipresse über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenerheber. Laufende Anzeigen: Das jetzige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenerheber. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M., netto pro Zeile, 21 Zeilen-Schicht in Wort-Anzeigen; das jetzige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Rechtsbloß in der Steuerfrage!

#### Weitgehende Verschlechterung der Vermögenssteuer

Der Steuerausfluß des Reichstages hat gestern nach sechsstündiger Beratung die erste Lesung des Vermögenssteuergesetzes abgeschlossen. War die Vorlage der Regierung bereits weit davon entfernt, eine ausreichende Heranziehung des Besten zu den Lasten des Reiches herbeizuführen, so ist sie durch die Beratung des Ausschusses in vier entscheidenden Punkten so wesentlich gemindert worden, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Arbeiterparteien dieser Vorlage, wenn sie unverändert bleibt, ihre Zustimmung geben können.

Dieser Ausgang der Beratungen des Ausschusses ist zum großen Teil die Schuld der Regierung. Der Reichsfinanzminister Hermes hat gestern zwar einige Bedenken gegen die Abänderungsanträge geäußert, doch aber nichts von der Energie erkennen lassen, die notwendig gewesen wäre, um die Regierungsvorlage gegen den Ansturm der Steuerabotente zu retten. Er wußte seine Bedenken in eine so milde Form zu kleiden, daß sie nicht einmal seine eigene Fraktion hinderten, die Regierungsvorlage zu Fall zu bringen.

Weit verantwortungslos ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien, von denen sich allerdings die Demokraten für eine Verständigung bemühten und deshalb Vorwürfe über die „Halbheit“ ihrer Stellung einheimsten. Vom Zentrum bis zu den Deutschen Nationalen aber bildete sich

ein neuer Rechtsbloß zur Unterhöhlung der Vermögenssteuer.

Der Zentrumsagrarier Herold und der Großindustrielle von Hompeh bestimmten die Haltung der Zentrumsparlei nach ihren Interessen. Ihnen ordnete sich willig auch der „Arbeitervertreter“ Schöner unter.

Bei einem Besitzsteuergesetz ist der Hauptstreitpunkt stets die Frage, wie soll der Besitz eingeschätzt werden, der in Sachwerten — Grund und Boden, Inventar, Warenvorräte — angelegt ist. Hier lag bisher bereits die Quelle umfangreicher Steuerhinterziehungen. Durch die unzulängliche Erfassung des wirklichen Wertes dieses Besten sank die tatsächliche Steuerleistung auf einen Bruchteil der Steuerhöhe herab. Den Vorteil davon hatten Industrie, Handel und Landwirtschaft. Durch die Geldentwertung und die verzögerte Einhebung der Besteuerungen ist er riesengroß geworden. Dem wollen die sozialistischen Parteien durch die „Erfassung der Sachwerte“ einen Riegel vorschieben. Sie würde diese gewaltige Ungerechtigkeit und die zahlreichen Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung unterbinden, weil das Reich im Besitz von Aktien der Unternehmungen ohne weiteres auch den entsprechenden Anteil an seinen Erträgen gehabt hätte.

Gerade das aber hat den großen Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen die Erfassung der Sachwerte hervorgerufen. Sie haben sogar den Versuch unternommen, die steuerliche Bevorzugung der Sachwertbesitzer noch größer zu machen, als sie durch ihre ökonomische Überlegenheit und die unzulängliche bisherige Steuererhebung bereits ist. Dieses Ziel haben die bürgerlichen Parteien erreicht. Aus ihrem Munde,

insbesondere aus dem des Agrariers Köffe und von Helfferich kamen die beweglichsten Klagen über die notleidende Landwirtschaft und die entbehrende Industrie! Offenlich vorgetragen wären sie

die gewaltigste Provokation der Volksmassen

gewesen, die Tag für Tag durch Agrarier und Industrielle ausgemüht werden.

Die Regierung hatte in ihrer Vorlage zur richtigen Bewertung des Vermögens die Einschätzung nach dem gemeinen Wert vorgeeschlagen, weil die Ermittlung eines zuverlässigen Ertragswertes für die Landwirtschaft unausführbar sei und in der Praxis in weitem Umfang eine Bevorzugung der Landwirtschaft bedeuten würde. Dasselbe wäre der Fall gewesen, wenn die geltenden Vorschriften der Reichsabgabenordnung der Wertermittlung bei Industrie und Handel zugrunde gelegt worden wären. Trotzdem wurden diese durchaus unzulänglichen Bestimmungen der Regierungsvorlage von dem Rechtsbloß abgelehnt und statt dessen ein Zentrumsantrag angenommen, der die Erfassung der Vermögenswerte zu ihrem tatsächlichen Werte vollkommen unmöglich macht.

Würden hierdurch bereits dem notleidenden Reich zugunsten der im Gelde ertrinkenden Sachwertbesitzer

ungeheure Beträge entzogen, so trat eine weitere Verschlechterung der Regierungsvorlage ein durch die Annahme eines anderen Zentrumsantrages. Er verlangt, daß die Vermögenssteuer von den ersten angefangenen oder vollen 500 000 M. steuerpflichtigen Vermögens 1 vom Tausend beträgt, während dieser Satz in der Regierungsvorlage schon für 100 000 M. vorgesehen ist und bei 500 000 M. 2 vom Tausend beträgt. Auch die Zuschläge zur Vermögenssteuer wurden nicht in der von der Regierung vorgeschlagenen Höhe beschlossen, sondern nur in der Höhe, die der Reichsrat vorgeschlagen hat. Die Zuschläge sollen demnach nicht bis zum dreifachen, sondern nur bis zum doppelten Betrage zulässig sein.

Eine in ihrer Bedeutung für den Geldbeutel der Besitzenden ebenfalls sehr hoch einschätzende Milderung ist die auf Antrag Helfferichs eingefügte Bestimmung, daß die umfangreichen Vermögensbeträge, die in Erneuerungs-, Rücklage- und ähnlichen Fonds festgelegt sind, steuerfrei bleiben.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Besitzenden Deutschlands die von ihnen verschuldeten Lasten von sich abzuwälzen trachten, so haben ihn die gestrigen Verhandlungen im Steuerausfluß erbracht. Es ist kein Zweifel daran, daß die bürgerlichen Parteien, ermutigt durch das schwächliche Verhalten der Regierung, alles daran setzen werden, die kläglichen Besitzsteuervorlagen weiter zu mildern. Die Arbeiter, Angehörigen und Beamten müssen deshalb wachsam sein. An ihnen liegt es, ob diese Absicht gelingt und der Steuererhebung, der sich angeblich gegen die Besitzenden richten soll, nicht in sein Gegenteil umschlägt.

### Die Rätsel des Fernen Ostens

Von unserem Londoner Korrespondenten

K. London, Mitte November.

I.

Die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz auf dem Gebiete der „Entwaffnung“ sind nicht schwer vorauszusagen. Es ist erträglich, öffentlich Wasser zu predigen, wenn man sonst übereinkommt, heimlich Wein zu trinken. Denn was Amerika predigt, ist gar nicht Entwaffnung zur See, sondern die Beschränkung der enormen Flotten Britanniens, Amerikas und Japans auf ihre gegenwärtige Stärke. Die neuen Schiffsbauten sollen eingestellt und einige ältere Schiffe, die ohnedies bald unbrauchbar werden müßten, aufrangiert werden. Die Flotten der drei größten Seemächte sind jetzt unvergleichlich größer als vor dem Kriege. Sie sind aber infolge der technischen Vervollkommnungen in steter Gefahr, wertlos gemacht zu werden. Zugleich werden die Schiffe unerträglich kostspielig, sie verschlingen enorme Steuergelder und treiben insbesondere England und Japan dem finanziellen Ruin zu. Geht der Wettkampf unaufhaltsam weiter, dann ist das goldbeladene, unerschöpfte Amerika in wenigen Jahren imstande, nicht nur Japan, sondern auch die britische Seemacht weit zu überholen.

Alles in allem sieht es aber noch nicht nach Entwaffnung aus. Von der Einschränkung der stehenden Landheere ist keine Rede. Briand hat in unzweideutiger Weise gesprochen und die Voraussetzungen bestätigt, daß von Frankreich auch nicht eine Geste der „Selbstlosigkeit“, von der alle Imperialisten bei Konferenzen bekanntlich trüben, zu erwarten ist. Der französische Militarismus hat in Washington die Rolle des kaiserlichen Deutschland bei den früheren Haager Konferenzen übernommen. Die Haltung Frankreichs ist nicht nur eine endgültige Absage an alle Abrüstungspläne zu Lande. Auch in der Flottenfrage gibt es eine kaum zu überschätzende Krise infolge des französischen Anspruchs auf ebenso viele Schlachtschiffe wie Japan und auf eine gleiche Anzahl von U-Booten wie England. Man empfindet hier diese französischen Forderungen als Anmaßung und Feindseligkeit gegenüber England.

Die großen Seemächte werden also im Interesse ihrer finanziellen Selbsterhaltung ihren Besitzstand fixieren und gegenseitig anerkennen. Mit Abrüstung und Kriegsvorbereitung hat die vorgeschlagene Regelung freilich nichts zu tun. Man kann auch mit 300 000 oder 500 000 Tonnen an Schlachtschiffen und dem entsprechenden Zubehör an Kreuzern, Tauchbooten und Seeflugzeugen einen ganz respektablen Krieg führen. Der Schwerpunkt der Washingtoner Konferenz bleibt darum die Frage, inwiefern es ihr gelingt, die kritischen Interessen der Mächte im Fernen Osten auszugleichen.

Die drei großen Seemächte England, Amerika und Japan sind neben China die einzigen wirklichen Interessenten am Stillen Ozean. Die Beteiligung der kleineren Staaten erregt nur stille Heiterkeit. Frankreich hat zwar Besitzungen im Fernen Osten, aber alle seine politischen, wirtschaftlichen und maritimen Interessen, ebenso wie die Italiens, liegen in Europa und im Mittelmeer. Frankreich wird die imperialistischen Rivalitäten und Eifersüchteleien in Washington hauptsächlich dazu benutzen, um seine Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande zu sichern. Entscheidend für kommende Ereignisse in dem Weltteil, der an den Gestaden des Stillen Ozeans sich ausbreitet, sind die Interessen Amerikas, Großbritanniens und Japans. Der Hintergrund und Ursprung des sich verdichtenden Gegenstandes ist China. Immer deutlicher und drohender laßt der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Ihre Absichten und Ansprüche zu erraten ist, ungeachtet des verirrten Gerübes von Friedensgarantien, chinesischer Souveränität, „offener Tür“ und „gleichen Gelegenheiten für alle“, nicht allzu schwer. Viel weniger eindeutig und definierbar ist die Politik Englands auf der Washingtoner Konferenz.

II.

Japans Politik wird von zwei Triebkräften bestimmt: von dem Expansionsbedürfnis seines jungen, aufstrebenden Industriekapitals und von seinem Bevölkerungsproblem. Dazu kommen die tiefwurzelnden Traditionen der feudalen Militärkaste, die noch immer das Land regiert und beherrscht. Die vertrauten Kennzeichen des kapitalistischen und junkerlichen Imperialismus, dessen Vorposten Japan im Fernen Osten zweifelsohne ist, dürfen uns aber nicht dazu verleiten, die wirkliche Not des japanischen Volkes, seine Qualen der Enge, zu übersehen. Auf einer Inselkette, die räumlich nicht viel größer ist, als England, sind mehr als 60 Millionen Menschen zusammengedrängt. Japan gehört gleich China zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde, deren Landwirtschaft eine in Europa unbekannte Stufe der Intensität erreichte. Und das japanische Volk vermehrt sich um nahezu eine Million jährlich. Die wachsende Bevölkerung drängt nach außen, nach neuen Möglichkeiten der Arbeit und Existenz. Die Herrschaft der Grundherrschaft und die maßlose Ausbeutung des heimischen und fremden Kapitalismus verschärfen natürlich die Not. Der naheliegende Ausweg wäre

### Lloyd George und Rathenau

London, 1. Dezember.

Wie das Reutersche Bureau erzählt, ist man im Schatzamt noch immer mit der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands beschäftigt, und sobald der jetzt der Ermägung unterliegende Plan, der ein Moratorium und einen dem Termeulenschen Schema ähnlichen Vorschlag einschließt, in endgültiger Fassung aufgesetzt und für die Beratung fertig ist, wird das Kabinett zusammentreten, um die Vorschläge eingehend zu erörtern. Lloyd George nimmt an den Bemühungen zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der Schwierigkeiten regen Anteil, und wenn es ihm möglich ist, ungefähr Mitte Dezember nach Washington zu reisen, hofft er, dann mit Harding verhandeln und ihm das Ergebnis der Ermägungen der Regierung und auch das Ergebnis der Verhandlungen der letzten Tage in greifbarer Form vorlegen zu können. Wie verlautet, ist die Kabinettsitzung nur darum verschoben worden, weil gewisse Einzelheiten des Planes noch nicht fertig sind. Es ist jetzt nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George mit Rathenau zusammentreffen wird, obwohl der Ministerpräsident mit den Ansichten Rathenaus schon durch Vermittlung des Schatzkänglers Horne genügend bekannt geworden ist.

### Der Kampf um das deutsche Moratorium

CG. Paris, 1. Dezember.

Das englische Mitglied in der Reparationskommission, John Bradburn, äußerte sich zu einem Vertreter des „Intransigant“ wie folgt: Es sei unrichtig, daß er der englischen Regierung ein Memorandum überreicht habe, in dem der Vorschlag für ein Moratorium zu gewährendes Moratorium gemacht worden sei. Auch die Meldung von einer Begegnung zwischen John Bradburn und Rathenau sei falsch. Er habe diesen niemals gesprochen. Die Reparationskommission habe dafür zu sorgen, daß die Zahlungen von Deutschland ausgeführt werden. Nach dem letzten Besuch des Garantiekomitees in Berlin im Oktober dieses Jahres wurde der Reparationskommission klar, daß die Gefahr besteht, daß Deutschland seine Zahlungen nicht ausführen werde. Der Zweck des Beschlusses der Kommission ist

Berlin war die Prüfung der Maßnahmen der deutschen Regierung, um diese Zahlungen bewirken zu können oder sie sicher zu stellen. Das Ergebnis der in dieser Richtung angestellten Versuche war, daß die deutsche Regierung offiziell ihre Zahlungsunfähigkeit erklärte für den Fall, daß man ihr keine auswärtigen Kredite bewilligen sollte. Die deutsche Regierung bekundete die Absicht, in energischer Weise vorzugehen, um diese Kredite zu erlangen. Bisher hat die Reparationskommission nichts über das endgültige Ergebnis dieser Verhandlungen Deutschlands gehört. Es ist möglich, daß die deutsche Regierung die Kommission davon verständigen wird, daß sie diese Kredite nicht erlangen könne. Wenn die deutsche Regierung daran festhält, ohne Kredite keine Zahlung leisten zu können, so glaubt man, daß Deutschland eine Zahlungsfrist gewährt werden würde. Die Reparationskommission wird dann eine Entscheidung zu treffen haben, ob sie Deutschland gewisse Erleichterungen einräumen sollte, um Kredite zu erlangen, oder ob sie Deutschland eine Zahlungsfrist gewähren sollte.

Bradburn erklärte, er habe seiner Regierung vertrauliche mündliche Mitteilungen gemacht, um sich mit ihr über die Forderung Englands zu unterhalten, ob Deutschland Kredite oder eine Zahlungsfrist gewährt werden sollte. Was über diese Besprechungen mit der Regierung gesagt worden sei, seien nur Dinge, von denen er, Bradburn, selbst gesprochen — alle Zeitungsberichte darüber seien falsch. Die Frage des Moratoriums, erklärte Bradburn, werde nur aufgeworfen werden, wenn Deutschland an die Reparationskommission ein formelles Gesuch richte. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Alle Welt weiß, daß die Kommission durch Mehrheitsbeschluß gewisse Zahlungsfristen gewähren könne, hingegen machen weitere Zahlungsausschüsse die Einstimmigkeit in der Beschlussfassung der Reparationskommission notwendig. Bradburn ist der Ansicht, daß, falls eine Zahlungsfrist nicht durch Mehrheitsbeschluß gewährt werden könnte, dies ein Unglück für die ganze Welt wäre, und nicht allein für die Entente. Er werde daher alles tun, um solches Unglück zu vermeiden. Bradburn weiß auch nicht, wer als erster die Frage des Moratoriums für Deutschland aufgeworfen hat. Stinnes hat er seit der Konferenz von Spa nicht gesehen.

Oppau wieder in Betrieb. Wie die Pressestelle der Badischen Anilin- und Sodafabrik mitteilt, wird im Werk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik in den nächsten Tagen die Produktion von Ammoniak und Ammoniumsulfat wieder aufgenommen werden.



Auswanderung und Anstiedlung der überzähligen Bevölkerung in den unbesiedelten Nachbarländern. Aber die Emigration ist den Japanern äußerst erschwert. China kommt für japanische Kolonisation am wenigsten in Betracht, ebensoviele Ostasien wegen seines rauhen Klimas. Kanada, Amerika und Australien wahren ihre weiße Rassenreinheit und verbieten geistlich die Niederlassung von gelben Menschen.

Je schwieriger der Abfluß des Zuwachses, um so größere Bedeutung hat für Japan die Entwicklung seiner Exportindustrie; wird Japan zur industriellen Werkstätte des Fernen Ostens und des asiatischen Festlandes, so wie England es für Europa im vorigen Jahrhundert geworden ist, dann könnte die Industrie große Menschenmassen absorbieren und ernähren. Dies ist die goldene Gelegenheit für die japanische Bourgeoisie. Aber dazu müssen zwei Voraussetzungen erfüllt werden: Japan, das arm an Rohstoffen ist, muß seine Hand auf die reichen Kohlen- und Erzschätze Chinas legen; es muß ferner zu einer monopolistischen Beherrschung der Absatzgebiete, wenigstens zur anbetritenen Vorherrschaft auf den Absatzmärkten des asiatischen Festlandes streben. Der wichtigste dieser Märkte für die japanische Industrie ist wiederum China mit seinen 400 Millionen Einwohnern. Daher Japans Kampf gegen Rußland, die Eroberung Koreas und Formosas, die Festsetzung in der Mandchurei und Mongolei, die Besetzung von Schantung unter dem Vorwand eines Völkerbundsmandats, die ultimativen Bedingungen an China während des Krieges, die der Einräumung eines politischen Protektorats und einer wirtschaftlichen Monopolstellung gleichkamen. Das Vordringen Japans in China macht sichtbare Fortschritte auch im Süden. Im Norden umfaßt es Feling von drei Seiten und hält einen beträchtlichen Teil der Behörden in harter Abhängigkeit. Sein Umfang wird klar, wenn man erzählt, daß es schon jetzt auf dem Festlande eine Territorium politisch beherrscht, das nahezu viermal größer ist als Japan selbst und eine Bevölkerung von 60 Millionen Koreanern, Mandchus und Chinesen zählt.

Japans entschiedener Gegner im Stillen Ozean und auf dem asiatischen Kontinent ist Amerika. Der Weltkrieg und seine Folgen haben den Widerstand der Vereinigten Staaten besonders verschärft. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Europas hat auch Amerika schwer in Mitleidenschaft gezogen. Und nun wenden sich die amerikanischen Kapitalisten neuen Absatzmärkten zu. Der Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik verschiebt sich vom Atlantischen zum Stillen Ozean. Dort beginnt der Kampf um den größten Anteil an der Ausbeutung Chinas, um Konzessionen für Kapitalanlagen und die Beherrschung des gewaltigen Absatzmarktes. Amerika kann und will in China keine politische territoriale Festsetzung und Eroberung führen. Aber sie meint es ernst mit ihrer ökonomischen Ausbreitung in Asien, die sie für die Verluste in Europa entschädigen soll. Daher die Begeisterung der Amerikaner für Chinas Unabhängigkeit und Integrität, ihre lauten Klagen über Japans Verletzung der Grundzüge der „offenen Tür“ und der wirtschaftlichen Gleichheit. Sie verlangen den Rückzug Japans aus der Mandchurei und Mongolei und weigern sich, die im Versailleser Vertrag und von Wilson zugestandene Besetzung Schantungs zu ratifizieren. Noch mehr, sie verlangen den Verzicht Japans auf alle Vorteile — wie Eisenbahn- und Bergwerksrechte —, die es durch seine 21 Verträge im Jahre 1916 und spätere Sonderverträge mit China sich gesichert hatte. Die Angst vor Japan dämpft sogar Amerikas moralische Entrüstung über die russische Revolution. Ebenso feindselig steht die amerikanische Öffentlichkeit dem englisch-japanischen Bündnis gegenüber; die Amerikaner behaupten nicht mit Unrecht, daß das Bündnis mit England Japan zu seinem anspruchsvollen Auftreten im Fernen Osten zumindest ermutigt.

Die Stellung des britischen Reiches zwischen den beiden Gegnern ist weder einfach noch leicht. Mit beiden Widerpartnern hat es viele gemeinsame Interessen, aber auch wesentliche Differenzen. Dazu kommt der wachsende Einfluß der Selbstverwaltungskolonien, die in Fragen des Fernen Ostens eine Sonderstellung einnehmen. Die Washingtoner Konferenz hat die herrschenden Klassen Englands wohl vor die schwierigste diplomatische Aufgabe gestellt.

## Schwarz-weiß-rote Bundesbrüder

### Herzerquickende Reden in Stuttgart

Im großen Saale der Lieberhalle zu Stuttgart wurde gestern der vierte Parteitag der Deutschen Volkspartei eröffnet. Der Saal war mit schwarz-weiß-roten, den württembergischen schwarz-roten und den Stuttgarter schwarz-weißen Fahnen reich geschmückt. Zum Vorübergehenden des Parteitages wurde Geheimrat Dr. Kahle gewählt. Er hielt folgende Ansprache:

Berge wärmten sich auf, der Fluß von Versailles fängt an zu wirken. Auch hier müssen wir unter Wacht und Überbleiben angesprochen. (Lebh. Beifall.) Was der Reichstag in dieser Sache getan hat, genügt unmöglich. Eine nationale Kundgebung ist in dem Deutschen Reichstag, der gegenwärtig unter dem Terror einer kleinen Minderheit steht, unmöglich. (Zustimmung und hört, hört!) Eine Protestkundgebung unserer Partei gemeinsam mit den Deutschen Nationalen konnte sich nicht durchsetzen. (Wutrufe und Ausrufe: Innerhörl!) Dem anmaßenden „Null und Nichtig“ müssen wir ein feierliches „ewig gültig“ entgegenstellen. (Sturm. Beifall.) Diesem Gewaltspruch können wir uns niemals fügen; wir erkennen ihn nicht an, auch nicht unsere Enkel und Urenkel. Solange dieses Verbrechen besteht, ist jede Rede von Völkerverständigung eitles Geschwätz. (Erneuter Beifall.) Daran ändert keine Liga, kein Völkerbund und kein Kongreß der Welt, auch nicht der, der jetzt jenseits des Ozeans tagt, etwas. Hoffentlich kommt die Stunde, wo nicht nur immer von der Schuld, sondern auch einmal von dem Rechte Deutschlands die Rede sein wird. Schamlos er konnte niemals öffentlich über ein Volk gelogen werden, als es in Washington geschah. Frankreich muß zu dem Bewußtsein kommen, daß dort, wo nur Haß gesät wird, auch nur Haß geerntet werden kann. Frankreich muß die Empfindung haben, irgendwann einmal in unbestimmter Zukunft kommt eine Stunde der Abrechnung. (Sturm. Beifall.) Jawohl, die kommt, die muß keineswegs kommen durch einen kriegerischen Angriff. Die Weltgeschichte kennt auch noch andere Methoden, um die weltgeschichtliche Gerechtigkeit schließlich durchzusetzen. Gerade am sogenannten Friedenskongreß haben sich schon oft kriegerische Bewegungen angebahnt. Das will ich nicht in Rechnung stellen, aber das Problem wird sich doch schließlich darstellen: wie lange kann Europa wie lange die Welt den Militarismus und dem Imperialismus Frankreichs, der jede dagewesene Form überlistet, noch ertragen? (Lebh. Beifall.) Hier muß ein Ausgleich erfolgen, und dabei wird auch das Deutsche Reich wieder zur Erörterung gestellt werden. (Zustimmung.)

Dr. Stresemann gab den Bericht über die politische Lage. Er führte aus: Es ist schon mit Recht betont worden, daß unter Völkern hauptsächlich auf drei Kräftequellen beruht. Die erste ist die militärische Macht. Sie liegt zerbrochen am Boden, es gibt keinen deutschen Militarismus mehr. Aber wachser, der auf den deutschen Militarismus gellacht hat, würde seinem Herrgott danken, wenn er ihn noch einmal aus dem Grabe hervorholen könnte. (Lebh. Beifall.) Der Abbruch des deutschen Militarismus lastet nicht mehr auf der Welt, die Welt karzt aber von

Militarismus und niemand denkt daran, abzurufen, wenn sie auch geschäntet ihre Reden führen, als es in Deutschland bei ähnlichen Anlässen in der Vorkriegszeit der Fall war. Heute sehen wir auch, daß alles das, was uns einst gelagt wurde von dem weltumspannenden Geist des Sozialismus, der uns zu Hilfe kommen werde, sich verflüchtigt hat wie alle Ideen der Sozialdemokratie, die in der Rhetorik der Studierstube entstanden sind. Alles, was wir heute erleben müssen an Kränkungen und Demütigungen, kommt daher, daß wir keine Politik des Rechtes mehr treiben können, weil uns die Macht fehlt um unser Recht zu schützen. Die zweite Kräftequelle ist die Einheitsfront des nationalen Empfindens. Im Reichstag konnte man sich aber nicht einmal über das Zustandekommen einer einheitlichen Protestaktion verständigen. Die dritte Kräftequelle ist die Macht, die von der deutschen Wirtschaft ausgeht und der deutschen Produktion, der Konsumtion und des Güterauslaufes.

Stresemann schloß: Wir haben eine falsche Sozialpolitik getrieben. Wir haben auch eine viel zu nachgiebige Politik gegenüber den Konventionen und eine viel zu schwache Politik gegenüber dem Zentrum getrieben. Sind wir nicht auch jetzt wieder im Begriff, den Dingen nachzugehen? Sollen wir immer wieder vor lauter Ueberlegung nicht dazu kommen, die Macht in die Hand zu nehmen? (Sturm. Beifall.) Gibt es eine Möglichkeit die Sozialdemokratie zurückzubringen vom Klassenkampfgedanken? Die Republik hat noch keine moralischen Eroberungen gemacht. Wenn man uns zu einer Politik des Rechtsblocks führt, so werden wir uns ihrer nicht entziehen, aber wünschenswert ist sie nicht. Der Redner schloß: wir alle empfinden es als unsere Pflicht, an dem Wort festzuhalten: Deutschland, Deutschland, über alles! (Bräufender minutenlanges Beifall, die Anwesenden erhoben sich und sangen das Deutschlandlied.)

## Der Streber am Ziel

### Hermes Botschafter in Rom

Wie die P. N. von gut unterrichteter Seite hören, steht unter den Kandidaten für den römischen Botschafterposten an erster Stelle der Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Seine Berufung zum Botschafter in Rom habe umsomehr Aussicht, als Dr. Hermes früher jahrelang als Mitglied des internationalen landwirtschaftlichen Forschungsinstituts in Rom tätig war und als Zentrumsparlamentarier und -minister nicht nur ausgebreitete gesellschaftliche Beziehungen von früher in Rom unterhält, sondern auch in enger Fühlung mit der wichtigen italienischen katholischen Partei der Popolari steht.

Das deutsche Volk wird über das Ausschneiden dieses Mannes aus der Reichsregierung kaum unangehalten sein. Er ist verantwortlich für den Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft. Er hat auch durch seine unheilvolle Liebesgabenpolitik einen großen Teil der Verantwortung für die Zerrüttung unserer Reichsfinanzen zu tragen. Sein Verhalten als Reichsernährungsminister ist nie bestimmt gewesen von den Interessen derjenigen, für die eine weltanschauliche Ernährungspolitik zu sorgen gehabt hätte, sondern von der Hand voll Großhändler, von denen er je länger umso mehr in die knechtischste Abhängigkeit geriet. Seine Ernennung zum Botschafter in Rom ist das Eingeständnis dieses Bankrotts.

## Wilhelm schiebt

Die sozialdemokratische Parteizeitung für den Bezirk Donaukreis-Benthaim veröffentlicht folgendes Dokument:

Hofmarschallamt Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.

### Beseitigung.

Frau Hanna Harms, geb. Laug, reist heute nach Deutschland und kehrt danach wieder hierher zurück. Es wird gebeten, ihr auf der Hin- und Rückreise bei der Grenzkontrolle in nächster Erleichterung zu gewähren.

Haus Doorn, den 12. Oktober 1921.

(Stempel)

(Name unleserlich)

Hofmarschallamt.

Hofrat.

Wie die Donaufrüher „Freie Presse“ zu diesem Schreiben weiter mitteilt, reist Frau Harms allmählich mit großem Gepäck über Benthaim nach Deutschland und kehrt jedesmal mit noch schwereren Koffern über Benthaim nach Doorn zurück. Wilhelm schiebt. Die 70 Millionen in bar, die eine freigebige Regierung dem Haupte Doorn bisher zuschickte, genügen noch nicht. Was irgendwie nicht nie- und nagelst ist wird zusammengerafft und über die Grenze geschickt, dank der Tatsache, daß eine republikanische Grenzkontrolle dem Hofmarschallamt Seiner Majestät des Kaisers und Königs“ und dem weiblichen Hohenzollernkurier „tunlichst Erleichterung“ gewährt und sie vor etwaigen Fährnissen schützt. Das alles geschieht im 3. Jahre der deutschen Republik, geschieht in dem Augenblick, wo Millionen und aber Millionen Deutsche, die durch die Schuld Wilhelm Hohenzollerns ins Elend gestürzt wurden, nicht wissen, wie sie ihre Blöße decken sollen.

## Teuerungstrawalle in Wien

Wien, 1. Dezember.

M. L. B. meldet: Heute nachmittag kam es zu großen Arbeiterkundgebungen wegen der Teuerung. Schon in den ersten Nachmittagsstunden fanden sich namentlich aus dem Arbeiterbezirk Landstraße von Arbeitern im Innern der Stadt ein, zogen in Massen zuzugewandelt vor das Parlament und begaben sich sodann in die inneren Stadielle. Dort kam es vor einer großen Anzahl von Kaufhäusern und Geschäften zu großen Kundgebungen, in deren Verlauf diese Geschäfte fast vollständig ausgeplündert wurden. Die Demonstranten schlugen in den Geschäftstokalen die Fensterscheiben ein und drangen dann in das Innere der Geschäfte, wo sie sämtliche Lebensmittel, Schuhe und andere Vorratsgüter raubten. Die Polizei war den Plünderern gegenüber machtlos.

Eine weitere Meldung besagt: Die Arbeiter in den Floridsdorfer Fabrikbetrieben legten mittags infolge der neuerlich verstärkten Teuerung die Arbeit nieder. Sie versammelten sich zu einem Zuge durch die Stadt, der sich zum Parlament bewegte. Dort angelangt, entsandten sie eine Abordnung unter Führung eines sozialdemokratischen Abgeordneten zum Bundeskanzler, dem sie im Beisein des Finanzministers eine Reihe von Forderungen zur Bekämpfung der Teuerung und ihrer Hauptursachen vorlegten. In den ersten Nachmittagsstunden schlossen sich der Kundgebung auch Arbeiterzüge aus den anderen Fabrikbezirken an. Wie das Abendblatt der „Arbeiterzeitung“ mitteilt, hat die Abordnung der Floridsdorfer Arbeiter der Regierung folgende Forderungen überreicht:

Bewirkung des sozialdemokratischen Finanzplanes, insbesondere Anforderung der ausländischen Devisen und Raatliche Kontrolle des Devisenhandels, strenge Strafen für Kirchendiebstahl, Anforderung alles Geldes, auch jenes der Kirchen und Klöster, neue Beschlüsse, Zahlung einer progressiven Vermögenssteuer, Verbot der Einfuhr aller Luxusartikel, Abbau des staatlichen Lebensmittelzweiges.

Heute abend tritt die sozialdemokratische Fraktion des Arbeiterrates in Wien zu einer Sitzung zusammen. Morgen abend findet die Vollversammlung des Arbeiterrates statt.

## Der Sturz der Devisenkurse

### Hoffnungen und Befürchtungen

Die Berliner Börse hatte gestern das, was man einen schwarzen Tag nennt. Der Dollar, der am Mittwoch schon von 275 auf etwas über 240 gesunken war, war mittags 12 1/2 Uhr bis auf 183 gestürzt und stand bei Börsenschluß auf 198. Er riß die Kurse der Effekten mit herunter. Die Aktienwerte erlitten Einbußen von mehreren hundert Prozent und Savotelli hielt den Rekord mit einem Verlust von 1000.

Es läßt sich noch nicht übersehen, in welchem Umfang diese Katastrophe verhängnisvoll für einzelne Firmen geworden ist. Jedenfalls wurde viel von Stützungsaktionen einzelner bedrohter Häuser gesprochen, aber die privatwirtschaftliche Seite der Abwärtsbewegung interessiert uns ja auch weniger als ihre volkswirtschaftliche Bedeutung.

Da ist zunächst festzustellen, daß die gestrigen Ereignisse unwiderleglich die Schuld der Spekulation an der rapiden Entwertung unseres Geldes dargetan haben. Ungeheure Mengen von Devisen müssen im Hinblick auf die bevorstehenden Reparationszahlungs-Termine gehamstert worden sein, große Marktbeträge sind in ausländische Anlagen gesteckt. Die einen wie die anderen kommen jetzt aus ihren Schlupfwinkeln heraus, und jene kapitalistischen Kreise sind schlaggestraft, die stets bemüht waren, das Vorhandensein verstockter Vorräte in Uebere zu stellen und die Regierung in ihrer Ablehnung gegen den Versuch einer schärferen Kontrolle unterstützten. Die Arbeiterschaft weiß nun, daß es nicht allein die „Raublust der Feinde“ ist, der sie die verhängnisvolle Teuerung verdankt, sondern daß gute Patrioten ein vollgerüstet Maß von Schuld an ihrer Verelendung tragen. Was will es bedeuten, wenn man einige kleinere Wucherer bestraft, und dabei zuseht, wie die großen Ausbeuter das Volk ins Elend treiben?

Eine günstige Folge hat der Sturz der Devisenkurse insofern bereits gehabt, als die Reichsbank einen erheblichen Teil des jetzt an den Markt kommenden Materials aufnehmen und so die für die Reparationszahlungen bestimmten Fonds verstärken konnte. Es ist ungewiß, ob der Dollarkurs sich in den nächsten Tagen fortsetzen wird, aber man kann als sicher annehmen, daß er nicht wieder auf die frühere Höhe klettern wird, die den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen des Reichs in keiner Weise entsprach.

Welche Folgen sind von der höheren Bewertung der Mark für die Volkswirtschaft und für die Einzelwirtschaft zu erwarten? Von interessierter Seite wird in der bürgerlichen Presse bereits die Befürchtung ausgesprochen, daß der Absinken nach dem Auslande sich verschlechtern könne und daß das die Arbeitslage im ungünstigsten Sinne beeinflussen müsse. Daraus ist zu erwidern, daß der größte Teil der Industrie auf viele Monate hinaus, bis in den Sommer hinein, mit Aufträgen voll versehen ist. Der Dollarkurs kann noch wesentlich heruntergehen, ohne daß das Unternehmertum nach dem alten kapitalistischen Grundsatz: ohne Profit raucht kein Schornstein, die Produktion einschränken müßte. Es ist bekannt, daß die führenden Kreise des Kapitals in den Frühjahr- und Sommermonaten im Auslande beträchtliche Devisenmengen angekauft haben, entweder dadurch, daß sie die Gegenwerte für die exportierten Waren nicht nach Deutschland zurückbrachten, oder daß sie den damaligen verhältnismäßig günstigen Marktkurs zum Kauf von Devisen benutzten. Es sind auch zum Teil so große Eindeckungen auf Rohstoffe vorgenommen worden, besonders in der Textilindustrie, daß sie noch auf längere Zeit hinaus die Kalkulation auf der Grundlage des Marktkurses vom Sommer ermöglichen.

Zunächst also soll man sich durch die Drohungen mit der Produktionseinschränkung nicht bange machen lassen. Das ist schon deshalb notwendig, weil Arbeiter und Angestellte dafür sorgen müssen, daß die Löhne und Gehälter auf einen Stand gebracht werden, der den in den anderen Industriestaaten bezahlten Löhnen und Gehältern entspricht. Bisher haben lediglich die bei uns gezahlten Kammerlöhne die Ausbeutung des deutschen Exports ermöglicht. Und gerade dieser Umstand hat die Unternehmer veranlaßt der Verbesserung der Produktionstechnik kein besonderes Gewicht beizulegen. Das muß endlich aufhören.

Es ist ohne weiteres klar, daß der Devisensturz der Fortsetzung der Teuerung ein Ende bereiten muß. Und nicht nur das, für eine ganze Reihe von lebenswichtigen Artikeln, die gar nicht schnell genug mit ihren Preisen der katastrophalen Marktentwertung folgen konnten, muß schleunigst eine Verbilligung eintreten. Wenn die Regierung etwas gegen den Wucher tun will, so bietet sich ihr hier die Gelegenheit, durch zweckentsprechende Maßnahmen die Inlandspreise, besonders für die Lebensmittel, auf einen Stand zurückzubringen, der dem inneren Wert der deutschen Mark entspricht.

Die Arbeiterklasse wird sich bevor hüten müssen, auf den Sturz der Devisen allzu große Hoffnungen zu knüpfen. Ihr muß bewußt bleiben, daß sie nur durch selbständige Kampf eine dauernde Verbesserung ihrer Lebenslage erreichen kann. Sie hat aber ebensoviele Anlaß den Befürchtungen der kapitalistischen Kreise Glauben zu schenken, daß eine günstigere Bewertung der deutschen Mark unbedingt zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage führen muß.

## „Nur ein Dienstmädchen“

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 1. Dezember.

Heute begann vor dem Münchener Schwurgericht der Prozeß gegen die Krämerchefeute Ullmann, die beschuldigt sind, ihr achtzehnjähriges Dienstmädchen zu Tode geprügelt zu haben. Die Todesursache war Blutergüssen infolge der unmenschlichen Mißhandlungen mit harten Gegenständen. Die bisherigen Zeugenvernehmungen bestätigten die in der Klage angeführten Tatsachen in ihrem ganzen Umfang, unter anderem wurde das Mädchen von Frau Ullmann selbst eritem brutal auf das Mädchen einschlug. Symptomatisch für die Rohheit des Bürgeriums ist die Aussage eines Zeugen, der erklärt, er habe deshalb keine Anzeige erstattet, weil er der Meinung war, das Dienstmädchen sei ein uneheliches Kind. Die Verhandlung wird voraussichtlich vier Tage in Anspruch nehmen.

Die Einnahmen der Reichsbahn betrugen in den Monaten April bis Oktober 18 299 Millionen Mark, gegen 9 256 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gegenüber dem Gesamtanschlag sind von April bis Oktober im Personenverkehr 507 Millionen mehr, im Güterverkehr 793 Millionen weniger eingenommen.

Der Mann ohne Ehr. Die auf die Ergreifung des aus dem Untersuchungsgefängnis entwichenen Oberleutnants z. G. B. B. von der Polizeibehörde ausgelegte Belohnung ist von 5000 auf 20 000 Mark erhöht worden.



# Neue Konfusion

In zwei Artikeln hat Karl Kadel den Lesern der „Roten Fahne“ auseinandergesetzt, was „wir Kommunisten“ in der augenblicklichen politischen Lage tun müssen. In dem ersten Artikel meint er von der „Berliner Linken“, sie habe ein scharfes Empfinden für agitatorische Notwendigkeiten. „Aber gleichzeitig ist diese Linke theoretisch außerordentlich konfus, und diese Konfusion hält sie für ein revolutionäres Gewissen.“ Es ist nicht anzunehmen, daß diese Konfusion sich verringern wird, wenn erst die Berliner Konfusionsäre die Beschlüsse Kadel's verurteilt haben. Selbst der gläubigste Kommunist muß an der Gottähnlichkeit seiner Moskauer Päpste oder Talmudisten zu zweifeln beginnen, wenn er dieses fortwährende Schaukeln zwischen anarchoistischer Revolutionspielerei und reformistischer Gelegenheitspolitik ansieht.

Als die Unabhängige Sozialdemokratie die Erfassung der Sachwerte forderte, wurde das von den kommunistischen Wortführern als kontrerevolutionär oder ähnlich bezeichnet. Erst nach vielen Monaten dümmerte ihnen etwas von der wirklichen Bedeutung dieser Forderung und vor dem Parteitag in Jena stellte eine Kommission von besonders erleuchteten kommunistischen Köpfen ein Steuerprogramm auf, in das auch unsere Forderung aufgenommen wurde. Der Parteitag selbst wollte davon aber nichts wissen, und das von ihm aufgestellte Steuerprogramm war lediglich auf die agitatorischen Bedürfnisse der Konfusionsäre in Berlin und anderswo zugeschnitten. Also fehlte darin die Erfassung der Sachwerte. Wieder nach einigen Monaten schlug man sich auf die andere Seite. Jetzt war es an der nächsten Schritte die Erfassung der Sachwerte. Kadel ist damit aber noch nicht zufrieden, er wünscht, daß man klipp und klar sagen müsse, wozu die Erfassung dienen solle.

In seinem zweiten Artikel hören wir seine Meinung darüber. Er verlangt, daß man historische Erinnerungen beiseite werfen und die Taktik lediglich nach den Bedürfnissen des Tages einstellen müsse. Das gelte insbesondere von der Stellung zur Regierungsbildung.

Manche Genossen haben gesagt, sie können nur einer Rätereuerung angehören, aber niemand hat versucht, diese Behauptung zu begründen. Man kann sie auch nicht beweisen. Die kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen. Es gibt keinerlei prinzipielle Gründe für die Teilnahme, keinerlei prinzipielle Hindernisse der Teilnahme der kommunistischen Partei an einer Regierung, die den Kampf gegen das Kapital genötigt zu führen ist.

Eine Rätereuerung, die Diktatur des Proletariats, ist in Deutschland nur möglich, getragen von dem Willen der Mehrheit des Proletariats. Bevor das Proletariat durch die Politik der sozialistischen Regierung nicht überzeugt sein wird, man müsse einen Schritt weiter tun über die Demokratie hinaus, werden wir nicht versuchen, dieses Ziel auf dem Wege durch die Aktion der Minorität zu erreichen.

Der gläubige Kommunist möchte sagen, daß Kadel nur die Unterfütterung einer sozialistischen Regierung im Auge habe. Davon aber kann deswegen keine Rede sein, weil der Talmudist aus dem Moskauer Krimi die Möglichkeit einer Koalition mit jeder Partei offen läßt, die den Kampf gegen das Kapital führen wolle. Erklärt sich beispielsweise das Zentrum dafür, daß die Erfassung der Sachwerte durchgeführt werden müsse, so stände nach der Lehre Kadel's nichts dem entgegen, daß eine Koalition mit dem Zentrum von den deutschen Kommunisten in jeder Beziehung unterstützt werden müßte, ja, die Kommunisten nähmen sich sogar an dieser Koalition beteiligen. Die russischen Kommunisten haben als Realpolitiker schon nach dieser Lehre gehandelt. So haben sie im vorigen Jahre in der Republik des fernern Orients sogar eine gemeinsame Regierung mit den Kadetten gebildet, die sich nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Einstellung nicht allzusehr von den deutschen Liberalen unterscheiden.

Wenn wir schließlich noch erwähnen, daß Kadel seine deutschen Freunde dazu ermahnt, sich durch ihre Solidarität mit den hungernden Gefangenen nicht daran hindern zu lassen, die Sachfrage „Lüth und ruhig“ zu beurteilen und nicht diesen Anlaß dazu zu benutzen, „durch eine neue Niederlage im Bürgerkrieg“ der Bourgeoisie zu helfen sich noch fester in den Sattel zu setzen, so wird man zugeben, daß es dem gewöhnlichen kommunistischen Parteimitglied nicht leicht gemacht ist, sich zwischen den von Tag zu Tag wechselnden Parolen ihrer Wortführer zurechtzufinden.

## Die Leipziger Parteifunktionäre zur politischen Lage

In einer Zusammenkunft der Leipziger Parteifunktionäre und politischen Oblaten ergab sich nach einem Referat des Genossen Seggr eine Uebereinstimmung darüber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie sich weder durch politische Bestrebungen noch durch reformistische Kompromisse mit den Bürgerlichen von ihrem bisherigen klaren Wege abdrängen lassen dürfe. In der Diskussion berichtete Genosse Richard Müller, der von den Arbeitern der Engelsdorfer Eisenbahn-Werkstätten mit in Berlin war, über die Verhandlungen in Berlin. Er erklärte, er habe in Berlin keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nicht als Vertreter der U. S. P. Leipzigs, sondern als Delegierter eines Betriebes komme. Kammels habe in Berlin immer so gesprochen, als ob die Delegation die Vertreter der Arbeiter Deutschlands wären. Dagegen habe er Einspruch erhoben, denn es waren nur aus vier Orten Deutschlands Delegationen erschienen. Die Delegation sei nicht zwecklos gewesen, denn der Justizminister habe Zusagen gegeben, die er am Tage vorher verweigert habe. Er habe seine ganze Kraft eingesetzt, um zu verhindern, daß die Delegation für kommunistische Zwecke mißbraucht werde.

Genosse Fleißner (Leipzig) brachte einen Brief an die Zentrals der U. S. P. zur Besprechung, in dem die Parteileitung Leipzigs ihre Stellung zu dem kommunistischen Vorstoß festgelegt hat. In dem Briefe wird gesagt:

1. Der Hungerstreik der Märzgefangenen darf nicht zum Ausgangspunkt der ganzen Politik gemacht werden. Die Reichstagsfraktion muß versuchen, mit parlamentarischen Mitteln den Gefangenen die Freiheit zu verschaffen.

2. Die Partei muß ihre ganze Kraft konzentrieren auf den Kampf um die Erfassung der Sachwerte und die Durchsetzung der Ziele, die im Aufruf des Zentralkomitees der Partei vom 19. November 1921 genannt werden.

Unter 3 wird verlangt, daß die Partei nach links und rechts ihre Selbständigkeit bewahrt.

Unter 4 wird gefordert, die Partei könne der Einberufung eines allgemeinen Betriebsräte-Kongresses, der sich mit politischen Fragen beschäftigen soll, nur zustimmen, wenn seine Einberufung im Einverständnis mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der sozialistischen Arbeiter erfolgt. Schließlich wird unter 5 erklärt, daß vor Einleitung von Aktionen die Vertreter der Bezirke gehört werden müssen. Die Zentrals dürfe nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg Beschlüsse fassen, die die Parteigenossen auszuführen haben.

## Teuerung, Wucher und Steuerdruck

Am Dienstag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, finden große öffentliche Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen, einberufen von der U. S. P. D., statt:

- Gemeinschaftshaus, Engelsstr. 24-25,
- Sophienstraße,
- Kabes Festhale, Fischestr. 29,
- Braunmanns Festhale, Nauhausstr. 4,
- Prachthale des Orens, Frankfurter Allee 43,
- Andreas-Festhale, Andreasstr. 21,
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67,
- Pharus-Säle (Großer Saal), Müllerstr. 142,
- Nationalhof, Bülowstr. 37,
- Moabiters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24,
- Böttchers Festhale, Schwedter Str. 23,
- Stralau: Alte Taverne, III-Stralau 25-27,
- Kula Greisenhagener Str. 20,
- Schul-Kula Gemeindefesthale Falkenstr. 5,
- Schiller-Dejeum, Panb, Ede Wittgerstraße,
- Charlottenburg: Oberrealschule Schillerstr. 125-28,
- Neufölln: Klemens Festhale,
- Hohenschönhausen: Schul-Kula Ködernstraße,
- Reih: Veders Festhale, Chausseestr. 97,
- Pantow: Schul-Kula Grunomstraße,
- Weihensee: Albrechtshof, Parkstr. 16,
- Reinickendorf-Ost: Schützenhaus, Heidenstr. 1-2,
- Friedrichshagen: Tempels Festhale, Prinzenallee 30,
- Schöneberg: Kula Hohenschönhausen, Belgischer, Ede Eisenacher Straße,
- Zehlendorf: Gesellschaftshaus, Karstr. 12,
- Steglitz: Paulsen-Realschule, Arndtstraße,
- Lichtenberg: Cäcilien-Engel, Rathausstraße,
- Röpenitz: Schweizergarten, Vindensstr. 4.

### Tagesordnung:

#### Gegen die Verelendung der Arbeiter!

Genossinnen und Genossen! Agitiert unermüdet für diese Kundgebung, die sich richtet gegen Teuerung und Wucher sowie gegen das Bestreben, der arbeitenden Bevölkerung in den nächsten Wochen weitere ungeheure Steuern aufzubürden. Sorgt für Massenbesuch!

U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

## Die Schlichtungsordnung

Sie ist wieder da!

Das Plenum des Reichswirtschaftsrates hatte die auch von uns feierlich beantragte Formulierung der Schlichtungsordnung zurückgewiesen und den sozialpolitischen Ausschuss mit einer neuen Durchberatung des Gesetzentwurfes beauftragt. Dieser hat jetzt neue Abänderungsanträge an das Plenum gerichtet, von denen wir die wichtigsten nachfolgend wiedergeben:

Ein Antrag Dr. Röhr u. Gen. verlangt, daß bei einer geheimen Abstimmung vor Beginn einer Aussperrung oder Arbeits-einstellung eine Mehrheit von zwei Dritteln der abstimmanden Arbeitgeber oder Arbeitnehmer (Neg.-Entw. zwei Drittel der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer) sich dafür ausgesprochen hat. Die Bestimmungen, daß der zuständige Gewerkschaftsbeamte bei der Abstimmung zugegen sein kann und daß Ort und Zeit der Abstimmung ihm rechtzeitig vorher anzuzeigen sind, sollen nach dem Antrage gestrichen werden. Nach demselben Antrage soll eine Haftung für Schadenersatz aus Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über Anrufung der Schlichtungsstelle vor Anwendung von Kampfmaßnahmen um nicht stattfinden. Statt dessen soll eine angemessene Buße verhängt werden können, welche die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der davon betroffenen Organisationen nicht gefährden darf.

Schließlich bezieht der Antrag Röhr die Beseitigung der im sozialpolitischen Ausschuss des R. W. R. gegenüber dem Regierungsentwurf beschlossenen Beschränkung des Tarifzwanges: Es soll ein Schiedsspruch nur für verbindlich erklärt werden können, wenn von den Mitgliedern der Kammer (ein Vorkämmer, drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertreter) die Mehrheit zugestimmt hat und sowohl Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreter zu der Mehrheit gehört haben. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften) will in § 1 statt „gemeinsame Interessen“ sagen: „Interessen der Arbeitnehmer, die über den Rahmen des einzelnen Arbeitsverhältnisses hinausgehen“, also den Begriff der Gesamtheitlichkeit erweitern.

Als wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitnehmerseite sollen im Sinne der Schlichtungsordnung nur solche gelten, die 1. die Mitgliedschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe abhängig machen; 2. Arbeitgeber als Mit-

glieder nicht aufnehmen und keine Unterfütterungen oder sonstige Zuwendungen von Arbeitgeberseite annehmen; 3. die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen.

Auch die Bestimmung des § 55 Abs. 1 betr. Anrufungs-zwang und Haftung für wilde Streiks sollte aus der Schlichtungsordnung entfernt werden. § 55 soll lediglich bestimmen: Wird bei einer Gesamtheitlichkeit die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde von einer beteiligten Partei an-gesprochen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zur Verhandlung zu laden und, falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedsspruch zu fällen.

Einige dieser Anträge wären geeignet, die Bösartigkeit des Gesetzentwurfes zu mildern. Die Beratungen im Plenum des Reichswirtschaftsrates dürften in der ersten Dezemberwoche beginnen. Nach ihrem Abschluß wird noch das eine und andere über die Angelegenheit zu sagen sein.

## Die Gefährdung der Volkswohlfahrt

Forderungen der unabhängigen Landtagsfraktion

Am Dienstag und Mittwoch wurde im preussischen Landtag vor fast leeren Bänken der Etat für Volkswohlfahrt beraten. Es war bezeichnend, daß die Abgeordneten für dieses so überaus wichtige Gebiet nur geringfügiges Interesse zeigten. Wir geben nachfolgend einen Auszug aus der Rede der Genossin Christmann-Barmen wieder, die erst in später Abendstunde zum Wort kam, so daß wir den Bericht über ihre Ausführungen in der gestrigen Morgenausgabe nicht mehr anbringen konnten.

Genossin Christmann ging zunächst auf die verwerflichen Folgen ein, die die in manchen Erziehungsanstalten noch üblichen Prügelstrafen zeitigen. In einem Falle, in der Erziehungsanstalt in Herdt bei Düsseldorf, einem Dominikanerinnen-Kloster, wird besonders barbarisch geprügelt. In einem Schreiben, so fuhr Genossin Christmann fort, das uns von einem Jüngling, der sechs Jahre in dieser Erziehungsanstalt zubringen mußte, zugeht, heißt es: „Wenn wir Mädchen uns auch nur eines kleinen Vergehens schuldig gemacht hätten, wurden wir in ein Zimmer geholt, zwei Schwestern hielten uns fest und die Oberin, Schwester Bonaventura, gab uns 25 Stockschläge auf das nackte Gesicht. Gaben wir auch nur einen Laut von uns, so schlug sie weiter, bis wir keinen Laut mehr von uns geben konnten. Nach dieser Mißhandlung mußten wir noch eine Verbeugung machen und sagen: Danke, Frau Oberin. Bei unserer Verbeugung traten dann fingerdicke Striemen hervor, die wir gegenläufig fühlen konnten. In diesem Fürsorgehaus war auch eine Abteilung von Kindern. Mit diesen Kindern wurde genau so verfahren, wie mit uns. (Hört! Hört! links.) Sie erhielten genau so 25 Stockschläge wie wir. (Hört! Hört! links.) Auch wurden Kinder von zwei bis drei Jahren in einen Sack gesteckt und bei den Schweinen in den Stall gesperrt. (Zurufe rechts.) Ich kann Ihnen mitteilen, daß dieser Haß von Vertreterinnen des Provinziallandtages geübt und beständig gefunden ist.“

Im weiteren verlangen wir die Schaffung von Fürsorgeämtern. Es muß in Zukunft verhindert werden, daß einmalig gefallene oder stillos geführte Mädchen der Sittens-polizei ausgeliefert werden. Sie sollen vielmehr in die Obhut solcher Frauen kommen, die ein Herz und Verständnis für mensche-liche Irrungen haben. Wir haben weiter den Antrag gestellt, daß viele Anstalten infolge Mangels an Mitteln geschlossen werden müßten. Die Fürsorgeanstalt in Obergroß kann, wie uns gemeldet wird, nur dadurch aufrechterhalten werden, daß die Kinder gegen Bezahlung mit Feldarbeiten beschäftigt werden. Durch diese Arbeit werden die Kinder für ihr späteres Leben nicht gefördert. Es muß ihnen vielmehr Gelegenheit gegeben werden, einen Beruf zu erlernen, der sie befähigt, im Leben ihren Mann zu stellen. Wir verlangen außerdem, daß 100 000 M. zur Schaffung eines Fonds in den Etat eingestellt werden, um Pro-pheten an versträppte Kinder liefern zu können. In Telsleben hinterließ die Frau eines Steigers, deren Mann im Beruf verunglückt ist, mit vier Kindern und einem Monatsinkommen von etwa 200 M. Eines der Kinder ist ein Armer und Veinen ver-früppelt. Für die erforderlichen Prothesen verlangt man der Frau 3400 M. ab. 1400 M. hat sie sich abgedarbt. Die restlichen 2000 M. erbat sie von der Provinzialfürsorgeanstalt. Sie wurde abgewiesen wegen Mangel an Mitteln.

Weiter verlangen wir, daß in allen weiblichen Fortbildungsschulen Unterricht in Haushaltungskunde, Säuglings- und Kleinkinderpflege erteilt werden. Durch das soziale Elend sind die Töchter der Arbeiterfamilien gleich nach Verlassen der Schule gezwungen, in den Fabriken ihr Brot zu verdienen. Sie haben daher keine Gelegenheit, den Haushalt zu erlernen. Wir verlangen aber auch, daß die Hausangestellten in diesen obligatorischen Unterricht mit einbezogen werden. (Sehr richtig! links.) Es sind sehr abfällige Neußerungen darüber gefallen, Fürsorgetarinnen aus dem Arbeiterstand zu ernennen. Man sprach davon, daß diese Frauen weniger Takt haben als die anderen Fürsorgetarinnen. Takt ist aber nichts An-erzogenes, sondern etwas Angeborenes und Herzengabe. (Sehr richtig! links.) Im glaube, daß in den Reihen unserer Arbeiter-frauen sehr viele sind, die das Herz auf dem richtigen Fleck haben (Sehr richtig! links) und weit mehr Takt besitzen, als die Nonnen in dem Dominikaner-Kloster. (Sehr richtig! links.)

Frau Abg. Eschmann hat sich gegen die Aufhebung des Härteübungsparagrafen ausgesprochen. Zwei Fälle über die Wirkung dieses Paragrafen: Eine Mutter von sieben Kindern und eine andere von sechs Kindern gingen elend zu-grunde, weil sie sich infolge ihrer elenden sozialen Lage nicht dazu verstehen konnten, einem weiteren Kind das Leben zu geben. Sie haben Abtreibung begangen und sind gestorben. Hätte jeder Arzt eingreifen können, wie es notwendig gewesen wäre, dann hätten die Kinder nicht ihr Leben ohne Mutter zu stellen, dann ginge ihnen der Schatz der Mutter nicht verloren. (Sehr richtig! links.) Solche Fälle gibt es aber viele.

Nun noch ein Wort zu dem berühmten Reigen-Prozess: Herr Brunner hätte eine viel banbarere und wichtigere Aufgabe. Er könnte einmal in den Wirtschaftshäusern und Kaffeehäusern Kinder aufgreifen, die dort Streichhölzer verkaufen. Weiter sollte er jene Männer festhalten, die die Kollage der Kinder be-nutzen, um ihre gelben Bealenden zu fällen. (Leb. Zustimmung links.) In dem Prozeß selbst möchte ich nur sagen: Dem Reigen ist alles rein! Wir verlangen vom Reichsminister, daß er es nicht bei den schönen Worten bewenden läßt, die er gestern gebraucht hat, und daß er sich nicht so sehr auf die freie Plebe-sität beruft, sondern erkennt, daß der Staat daran gehen muß, die soziale Kollage zu lindern. (Leb. Bravo b. d. U. S.)

Hiermit waren die Beratungen des Etats des Ministeriums für Volkswohlfahrt beendet. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 6. Dezember, 1 Uhr mittags, statt. Zur Beratung steht der Etat des Ministeriums der Landwirtschaft.



# Worauf Sie achten müssen:

1. auf die gelben wellenförmigen Streifen der Packung,
2. auf die Schreibung Classe mit C in Verbindung mit unserem Fabriknamen,
3. auf die geflügelten Worte „Urteilen Sie selbst.“

Dann erhalten Sie die richtige, die Massaly-Classé zu 50,-







# Die Geheimnisse der Schloßkaserne

## Die Geld- und Waffenschiedungen der Hundertschaft z. B. V. / Kessels Elitetruppe

Am gestrigen Donnerstag wurde in der Beweisaufnahme in der Nordische Buchholz fortgeführt. Eingehend wurden die Kassenerhältnisse in der Hundertschaft z. B. V. erörtert. Der frühere Polizeihauptmann Archangel hatte bei einer Revision den Eindruck, daß in der Kassenerwaltung der Hundertschaft z. B. V. nicht die unbedingt erforderliche Ordnung geherrscht habe. Die Summen, die auf Vorkaufbelege ausbezahlt worden sind, hätten eine Höhe zwischen 2-3 Millionen Mark. Zur besonderen Revision der Kassenerhältnisse sei dann Leutnant Enderlein bestimmt worden, und dieser habe dann einen

Fehlbetrag von 173 000 Mark

in der Kasse festgestellt. Der Verwaltungsdirektor Sonnenstein bestätigte die Aussagen dieses Zeugen und behauptet, daß es außer Zweifel läge, daß Buchholz den Fehlbetrag durch Doppelaufzeichnungen verschuldet habe. An diesen Aussagen dieser beiden Zeugen reihte sich dann eine eingehende buchhalterische Diskussion an. Der Zeuge Kurlinsky, der Zahlmeisterstellvertreter in Rumänien war, hat während des Krieges lange Zeit mit Buchholz zusammengearbeitet. Er hält Buchholz für einen ehrlichen Menschen, dem er unter keinen Umständen eine Unterstellung zutraue. Deswegen habe er auch einen Selbstmord des Buchholz für ausgeschlossen.

Als nächster Zeuge wird der Kommandeur der Berliner Schützpolizei, Polizeioberst Kaupisch, aufgerufen. Er macht u. a. folgende Angaben: Der Wachmeister Dräger hat dem Zivilkommissar Bernhardt mitgeteilt, daß in der Kaserne der Hundertschaft Waffen versteckt seien. Daraufhin hat der Polizeipräsident die Durchsuchung der Kaserne befohlen. Am 29. November 1920 wurde mit Unterstützung von 40-50 Kriminalbeamten, nachdem Hauptmann Stennes zum Polizeipräsidentium befohlen war, die Untersuchung vorgenommen.

Vorliegender: Hauptmann Stennes wurde doch unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach dem Polizeipräsidentium beordert.

Zeuge: Er sollte gefragt werden, was mit den Waffen wäre. Vielleicht wurde befürchtet, daß Hauptmann Stennes die Hundertschaft beeinflussen könne. Oberst Kaupisch sagte dann weiter aus: In der Kaserne wurde dem Zivilkommissar Bernhardt ein Zettel übergeben, der besagte, daß in der Nacht an der Befestigung der Waffen gearbeitet worden wäre. Nachdem etwa 100 Beamte der Hundertschaft versammelt waren, richtete ich an sie die Frage, ob Waffen versteckt seien. Da sich niemand meldete, fand die Untersuchung statt, bei der sich eine Anzahl von Beamten renitent benahm. Zwei Offiziere, die nicht ihren Einfluß geltend machten, um die Durchsuchung zu erleichtern, wurden später verhaftet. Die Durchsuchung endete negativ. Die Dielen wurden angehoben, es wurden Hohlräume festgestellt, diese waren aber leer. Einige leichte M.G.'s, Gewehre und Karabiner wurden als überzählige Waffen vorgefunden. Vier Tage vorher hätten diese Waffen schon abgeliefert sein müssen.

Staatsanwalt: Sie sagen, eine Anzahl von Beamten hätte sich renitent benommen.

Zeuge: Jawohl, und zwar bei der Waffenaufhebung. Andere Beamte weigerten sich wieder, die Spinden zu öffnen. Später habe ich gehört, daß

ein Maschinengewehr schußfertig

gemacht war, Schußrichtung Hof, desgleichen ein Panzerwagen.

In der weiteren Vernehmung sagt der Zeuge, daß in bezug auf den Rapp-Putsch ihm Hauptmann Stennes erklärt habe, wenn die Hundertschaft z. B. V. zum Schutze des Regierungsviertels eingesetzt worden wäre, dann hätte sie diesen Befehl ausgeführt, und den Ehrhardttruppen wäre die Befehls des Regierungsviertels nicht leicht gemorden.

Bei dieser Gelegenheit läßt sich der Angeklagte Meyer bestätigen, daß er während des Rapp-Putsches mit einem Panzerwagen die französische Postkassette geschützt habe.

Hauptmann Stennes sagt aus, daß es während des Rapp-Putsches nicht mehr darum gegangen sei, sich für oder gegen Rapp zu erklären, sondern um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Plünderungen und Vandalenhandlungen mußten unbedingt verhindert werden. Die Hundertschaft habe im Rapp-Putsch nur die Befehle ausgeführt, die vom Kommando übermittelt worden seien.

Vom Staatsanwalt befragt, sagte Oberst Kaupisch über das Verhalten der Hundertschaft folgendes aus: Die

Hundertschaft hat politische Agenten beschäftigt auf Befehl meines Amtsvorgängers. Der Polizeipräsident hat von vornherein großen Wert auf den Abbau des politischen Agententums bei der Schützpolizei gelegt, um sie vor diesem Angriff zu beschützen. Im März dieses Jahres hat der Minister des Innern direkt angeordnet, daß diese Agenten zu entlassen seien. Die Ausgaben für die Agenten wurden als Ausgaben für Zivilangestellte verbucht.

Staatsanwalt: Wenn die Hundertschaft nach dem März dieses Jahres noch politische Agenten beschäftigt hat, dann hat sie dies heimlich tun müssen. Oberst Kaupisch: Jawohl.

Polizeioberst Weber aus Hildesheim kennt die Hundertschaft z. B. V. nur bis zum November 1919. Er sagt aus, daß er die Hundertschaft als eine Elitetruppe aufgestellt habe. Die ersten Schritte dazu habe er bei der

Abteilung Kessel

gefunden. Mit Politik habe die Sache absolut nichts zu tun. Er, der Zeuge, habe dem Hauptmann Kessel und den anderen Herren gesagt, und zwar mit allem Nachdruck: „Lassen Sie doch die dumme Politik aus dem Spiel!“ Die Hundertschaft habe vorzügliches Gelingen und müsse nun Umbau ernten.

Ursache gibt der vereidigte Bäckereirevisor Rettig sein Gutachten über die Kassenerhältnisse der Hundertschaft ab. Er schickt folgendes Urteil voraus: Ein schätzbarer Beweis, daß Unterschlagungen in Höhe von 173 000 Mark begangen worden sind, kann nicht erbracht werden. Der Fehlbetrag ist eine

rechnungsmäßige Kassendifferenz und braucht keine Unterschlagung zu sein. Die Möglichkeit einer Unterschlagung besteht, in dem auf Buchholz bezüglichen Fällen ist es unwahrscheinlich.

Der Buchhalterverständige kritisiert nunmehr die Buchführung, die derartig arge Mängel zeigt, daß sie keine Beweiskraft haben könne. Die unabgerechneten Vorkaufbelege innerhalb eines einzigen Rechnungsjahres betragen annähernd 2 1/2 Millionen Mark. Wenn überhaupt eine Unterschlagung vorliege, dann könne sie wahrscheinlich Buchholz nicht zur Last gelegt werden. Der Sachverständige ist vermuntert darüber, daß Hauptmann Stennes einst, als ihm ein Fehlbetrag von 5000 Mark gemeldet worden sei, diese aus eigenen Mitteln erlegt habe. Hierüber sei bei der Angegehrhaltung über die angebliche Unterschlagung nichts gesagt worden.

Gegen das Gutachten des Sachverständigen wenden sich die Zeugen Sonnenstein und Leutnant Enderlein, die von einer Unterschlagung unbedingt überzeugt sind.

Nach der Mittagspause wird der bereits schon einmal vernommene Zeuge Helbing nochmals aufgerufen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde dieser Zeuge am 20. 11. wegen Verdachts der Fälschung und Begünstigung zum Tode verhaftet. Helbing fand Aufnahme in dem Lazarett des Untersuchungsgefängnisses und wurde auf einer Krankenbede in den Gerichtssaal getragen. Der Rechtsanwalt Dr. Lisberg steht in der Verhaftung dieses Zeugen eine Beeinträchtigung der Verteidigung und einen Verstoß gegen den Geist der Prozessordnung. Die Staatsanwaltschaft erklärt, daß sie das Recht habe, Zeugen wegen Flucht- oder Tatverdacht festzunehmen zu lassen. Dem Antrag der Verteidigung gemäß beschließt das Gericht, den Amtsgerichtsrat von Noel als Zeugen zu laden, um ihn nach den Unterlagen des erlassenen Haftbefehls gegen Helbing zu befragen.

Bei der Vernehmung des Zeugen Helbing und der Gegenüberstellung mit den Zeugen Drosche, Böhr, Frau Böhr, Frau Wenz, Kabe und Spletzköher kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Diese Zeugen lagen übereinstimmend aus, daß Helbing ihnen erklärt habe, er wisse genau, wer der Täter sei, da er

zur Zeit des Mordes in dem fraglichen Zimmer

sich aufgehalten habe. Er habe Geld von Hauptmann Stennes erhalten, um nach Oberschlesien zu verschwinden.

Frau Böhr sagt außerdem aus, daß Helbing den Wachmeister von Krohst als Täter bezeichnet habe.

Bei der Vernehmung hat der Zeuge von Krohst unter seinem Eid bekanntlich ausgesagt, daß er zur Zeit der Ermordung des Buchholz beurlaubt gewesen sei. Bei der Vernehmung gibt Helbing zu, wenn auch recht zögernd, daß er den Zeugen tatsächlich die Vorfälle so geschildert habe. Er

müsse aber damals verzückt gewesen sein, und nur Quatsch geredet haben. Einen Namen des in Frage kommenden Täters habe er aber nicht genannt.

Auf die Frage des Staatsanwalts, wovon Helbing seit Juni dieses Jahres gelebt habe, erklärt Helbing, von den Ersparrnissen, die er bei der Hundertschaft gemacht habe. Helbing sagt nunmehr bestimmt aus, daß er zur Zeit der Ermordung des Buchholz nicht in dessen Zimmer gewesen sei, sondern bei dem Friseur im Parterre der Schloßkaserne.

Weitere Zeugenansagen beschäftigen, daß Helbing unter verschiedenen Namen aufgetreten ist. Er hatte auch eine ganze Anzahl gefälschter Ausweise.

Bei seiner Vernehmung begründet der nunmehr aufgerufenen Amtsgerichtsrat von Noel die Zulässigkeit des gegen Helbing erlassenen Haftbefehls. Nunmehr erfolgt die Vernehmung einer ganzen Anzahl von bisher noch nicht vereidigten Zeugen. Einige ergänzen unmittelbar vor der Vernehmung ihre früher gemachten Aussagen. Schöppel erklärt, daß Wachmeister Meyer bereits am Sonntag vor der Durchsuchung der Schloßkaserne nach Waffen von dieser Durchsuchung unterrichtet war. Deshalb seien nachts die Waffen heimlich geschafft worden. Ein anderer Zeuge teilt mit, daß er zur Bewachung deutscher nationaler Versammlungen herangezogen worden sei und dafür Geld erhalten hätte. Der Zeuge Kohnst teilt mit, daß auf den Listen der Gehälter der Beamten die Namen von Beamten gefälscht worden seien.

Trotz des Anspruchs des Staatsanwalts wird schließlich auch Helbing vereidigt.

Bis in die Abendstunden hinein wurde dann noch eine ganze Anzahl von Zeugen vernommen, die über ihre Erfahrungen im Verkehr mit den Angeklagten und dem ermordeten Buchholz Bericht gaben.

## Der Anschlag auf die 66-Pfeiler-Brücke

Verhaftung und schwere Verletzung des angeblichen Mordtäters.

Wie die P. S. M. erfahren, wurde von der Berliner Polizei am Donnerstag nachmittag ein angeklagter Kommunist namens Lehje unter dem Verdacht verhaftet, an dem Mordtat auf die Sechshundsechzig-Pfeilerbrücke in Charlottenburg im März dieses Jahres beteiligt gewesen zu sein. Am Eingang zum Polizeipräsidentium in Charlottenburg ist sich Lehje ein besonders großer und kräftiger Mann, 1,08 m hoch und die beiden Beine zu Boden, worauf er die Flucht ergriff. Die Beamten feuerten zwei Schüsse nach, durch die er am Bein und im Rücken schwer verletzt wurde. Der Verwundete im Präsidium anwesende Kreisarzt leistete sofort ärztliche Hilfe und veranlaßte die Ueberführung des Schwerverletzten in die Gefangenenaufteilung der Charité.

Diese neueste Erziehung auf der Flucht wirkt reichlich verhängnisvoll. Die strengste Untersuchung muß gefordert werden.

## Der Mord in der Meier Straße

Die Leiche des Ingenieurs Halenzahl, die sich jetzt im hiesigen Schauhaus befindet, wurde gestern von der Mordkommission und den Gerichtsarzten besichtigt. Dabei ergab sich, daß der Kopf nur eine Schußwunde aufweist. Die Kugel ist über dem rechten Auge in die Stirn eingedrungen und am Hinterkopf wieder ausgetreten. Zunächst wurde angenommen, daß diese Wunde von einem zweiten Schusse herrührt. Trotzdem scheint der Schuß nicht tödlich gewirkt zu haben. Erst durch den Knebel hat der Mann allem Anscheine nach den Tod gefunden. Genauere Aufklärung dürfte erst die Obduktion ergeben. Der Täter ist, wie jetzt sowohl Tiede wie Frau Halenzahl angeben, ein kleiner Raum, der als Kleiderablage benutzt wird. Dieser hat keine Fenster und ist mit doppelten Vorhängen von einem anderen Räume abgetrennt. Er ist so schalldicht, daß die Schüsse in den anderen Räumen nicht gehört werden konnten. Von den Kriminalkommissaren wurden gestern auch noch einige Zeugen vernommen, die wichtige Angaben über das Eheleben Halenzahls und auch die engen Beziehungen Tiedes zu dessen Frau machten.

Für 600 000 M. Pelzwaren gestohlen. Ein großer Pelzwareneinbruch wurde in der vergangenen Nacht im Zentrum der Stadt verübt. Die unbekanntem Täter erbeuteten einen großen Vorrat fertiger Pelzkonfektion und Pelzstoffe, sowie einen ebenfalls großen Vorrat gebäumter und glatter Seidenstoffe. Der Gesamtwert des gestohlenen Gutes beläuft sich auf 600 000 M. Auf die Wiederherbeschaffung ist eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes

## Der einzige Weg

Roman von Paul Rebou

Uebersetzt von Rudolf Fick. Copyright 1921 by Greifstein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Wo sollte man also die Wahrheit suchen? Bei denen, die freiwillig blind waren und blind blieben, oder bei den gequälten Wölfen, deren Sprecher Brizon war? Aus einer Zeitung entnahm er, daß an diesem Abend in der Square St. Peter auf dem Montmartreberg eine große politische Versammlung stattfand. Er beschloß, dahin zu gehen und mit den Entertänen Rührung zu nehmen. Kam die Wahrheit nicht von jener Seite?

Als Réal den großen Saal betrat, war er beinahe gefüllt. Mehr als vierhundert Personen waren beisammen, Männer aller Altersklassen, Frauen mit ihren kleinen Kindern, die sie nicht allein zu Hause lassen konnten; alte Weiber, die sich die Hand hinter das Ohr hielten, um besser zu hören, junge ernsthaft Arbeiter mit düster gerunzelten Brauen; grauhäutige Handwerker mit der Weise im Mundwinkel; schädig aussehende Vertreter geistiger Stände, die das Schauspiel laufende Zuschauer mit ins Gesicht gedrückten Rücken, die verdrossen warteten, um Lärm zu schlagen, sobald die Namen der feindlichen Wölfe von den Rednern genannt wurden; andere, die mit offenem Munde gespannt aufpakteten. Sie alle sahen nach einer kleinen Kanzel, von der ein Mann sprach.

Es war ein fatter Mensch, dessen zurückgeworfenes Haar die weiße Stirn freiließ. Seine formlose Rede glich einem Rosenkranz von Landesserrat; einer folgte dem anderen, jenem Gesellschaftsspiel vergleichbar, in dem jeder ein Wort finden muß, das mit der Endsilbe des vorhergehenden anknüpft. Manahmal nannte er die Namen Poincaré, Clemenceau, Léon Daudet, die von der Menge mit Wui-Kufen aufgenommen wurden. Oft warf er Worte unter die Menge wie: Gedankenfreiheit, souveränes Volk, Verherrlichung der Demokratie, was von Beifall begleitet wurde. Eine zweimalige Beifallsstöße lohnte schließlich den Vortrag. Die Menge fühlte sich durch die schwalligen Sätze so glücklich geschmeichelt. Ein russischer Theoretiker folgte, der mit seinen dicken runden Brillengläsern wie ein Uhu aussah. Seine lange Hand hob und senkte sich regelmäßig. Er machte nur eine einformige Bewegung und selter die Freiheit in Sowjet-Rußland, als spräche er von einem Paradies, wobei er sich einen jugendlichen Tanfall schloß und die R wie

einen Trommelwirbel rollen ließ. Zu Beginn erregte er Neugier, aber er brachte es nur zu einem Nüchternheitsgefühl.

Nun rüstete sich ein neuer Redner. Er donnerte von Anfang an und ließ das Trommeln, mit dem er seine Worte färbte, um sie eindringlicher zu machen, noch bis in die Bewegungen seiner offenen Arme nachwirken. Er sprach über die „Idee Vaterland“. „Das ist“, so führte er aus, „ein Begriff, den die Kapitalisten in die Volkseele gefenkt haben, um sie besser beherrschen zu können! Den Reichen Vergnügungen, Luxus, Ehren, Hühnerbraten und eine gute Klatsch! Den Armen Hunger, Gram, Arbeitslosigkeit, Elend! Aber zum sogenannten Trost gibt man dem Volk die Fahne! Wir wollen aber nun nicht mehr Stahl und Blei, wenn wir Brot fordern! Wir, die Entrechteten, lassen uns nicht mehr einreihen, um am Tage des Aufstandes gegen unsere Feinde gefehrt zu werden. Wir verzichten künftig, die Beschützer unserer Ausbeuter zu sein! Mögen sie selbst ihre nationale Ehre verteidigen! Unsere Ehre ist unsere proletarische Gemeinsamkeit mit allen Entertän der Welt! Unsere Ehre ist unser Entschluß, das Kapital niederzuschmettern und die Beute nach Maßgabe der Tätigkeit jedes einzelnen für die demokratische Sache unter uns zu verteilen. Unsere Ehre ist, uns recht bald in den Häusern dieser haßenswerten Glücksspieler gemütlich einzurichten, uns an ihren üppigen Tafeln zu maffen, in ihren Autos spazieren zu fahren, uns in ihrem gestickten Bettzeug auszuschlafen, während sie unseren Hunger und unsere Hundelächer kennen lernen. Aber die Stunde der Gleichheit ist nahe, Genossen! Bald werden wir die dreifarbige Fahne, das Sinnbild des Militarismus, durch die rote Fahne ersetzen, auf der zwar nicht in bunten Buchstaben die Namen berühmter Schlachten eingestickt sein werden, aber der herrliche demokratische Wahlspruch: Die Vereinigung der Arbeiter wird den Weltfrieden zustandbringen!“

Er hatte die letzten Worte derart hinausgeschrien, daß seine Stimme bis zum Heulen überschwappte. Ein ungeheurer Lärm dankte ihm, als er die Rednerbühne verließ. Er trauete sich, umgeben von einer Menge, die herbeigeeilt war, ihn zu beglückwünschen und ihm die Hände zu drücken, den Schwefel ab.

Réal hatte traurig zugehört. Dieses Anzeigen der niedrigen Trieb brachte ihn auf. Vierzig Jahre bürgerlicher Ueberlieferung erhoben sich in ihm gegen die Verherrlichung der roten Fahne, gegen die Schmäherung der Tricolore. Er stellte sich diese Heher vor, wie sie in den gestohlenen Sesseln lämmelten, wie sie mit niederträchtiger Unzucht die jungen

Mädchen bedrängten, die sie aus ihren behaglichen Wohnungen auf die Straße getrieben hatten. Er erinnerte sich der Worte Taines über die Plünderungen und Meutereien von 1793. Sie wollten zur Macht gelangen, diese Volkserführer, das ist ihr Endziel! Und um ihr Ziel zu erreichen, verfielen sie, die armen Leute zur Revolution zu treiben, wie die Finanzleute sich zu dem gleichen Zweck bemühten, sie in den Krieg zu jagen.

Die dumpfe Luft, die Ausblüftung der gedrängt stehenden erhitzten Menschen, die Gutgläubigkeit auf ihren Gesichtern, das alles wurde ihm unerträglich. Er zwangte sich durch die dichten Gruppen zum Ausgang, während ein junger Mensch wie ein Witz auf die Bühne kletterte und namens der sozialistischen Jugend mit vor Verlegenheit tonloser Stimme sein Sprüchlein sagte. Keiner achtete auf ihn, denn ihm fehlte die rodnertische Gabe.

17

## Der Tod fürs Vaterland.

Nach als er den Platz Pigalle erreicht hatte, dachte Réal an den Volkserführer.

Seine Ausfahrungen hatten Réals naturgemäße Neigung für die Mühsigkeit verliert. Er liebte schreiende Leute nicht, Gemüthsstärker verdrösten ihn.

Bei einigem Nachdenken erkannte er immerhin das Römische Wahrheit in all den Uebertreibungen.

Ja, weiß Gott, die herrschenden Klassen hängen an ihren Gütern. Zu ihrer Verteidigung müssen sie sich hinter ein ungeheures Aufgebot von Polizei verziehen, was unbedingt aufreißend wirkt. Es gilt also, den Zwang loszuwerden und an Stelle der Idee vom Schutze der Vorrechte jene vom Nationalinteresse treten zu lassen. Die Besitzenden sind gezwungen, an der Kriegsdrohung festzuhalten, um den Bestand eines Heeres zu rechtfertigen, das in Wahrheit für den Tag des Volksaufstandes bestimmt ist.

Kann man die Leute darum tadeln? Sie bedienen sich, um ihren Bestand zu sichern, wie recht und billig, der Mittel, die ihnen zu Gebote stehen. Man kann wirklich nicht von ihnen verlangen, daß sie wie schlechte Spieler ihre Trümper den Gegnern überlassen.

Zweifellos hatte sich dieser Redner, verbittert durch seinen — sehr gerechtfertigten — Abscheu gegen den Krieg zu weit fortzuweisen lassen, als er, um jordan Kriege unmöglich zu machen, den Nationalgedanken in den Staub zu ziehen suchte.

(Fortsetzung folgt.)



